

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.3.1928 (No. 68)

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. A. M. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiedereinstellungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausbrennung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unterer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerwartete Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralnachrichtenregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen

Deutschland-Polen weiter vertragslos

Gegen die nun im Polnischen Staatsanzeiger veröffentlichte Novelle zur Grenzschutzbekanntmachung, die bekanntlich eine Hauptrolle in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen spielt, nehmen die Berliner Blätter scharf Stellung. In der „Germania“ heißt es, daß die Neuordnung eine äußerst weitgehende Enttäuschung bedeute. Artikel 9 der Grenzschutzbekanntmachung behalte seine ursprüngliche Fassung, womit die verschärfte Bewertung für die Liquidation von Grundstücken in den Grenzgebieten fortbestehe. Ferner bestehe noch die grundsätzliche Möglichkeit, den vorhandenen Grundbesitz in den Grenzgebieten unter der Begründung, daß der Eigentümer im Staatsinteresse als lästiger Ausländer anzusehen ist, zwangsweise zu enteignen. Durch die Neuordnung sei der reinen Willkür der administrativen Stellen, nämlich der zuständigen Wohnorten, freie Auswirkung gegeben. Das Blatt stellt schließlich den außerordentlichen Ernst der Lage und die schwere Erschütterung der bisher gewonnenen Basis für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen fest.

Im „A. L.“ wird ausgeführt: Es muß gerade von denjenigen, die seit Monaten wieder an der Verständigung gearbeitet haben, betont werden, daß etwaige Spekulationen der polnischen Regierung auf eine neue deutsche Regierung nach den Reichstagswahlen in diesem Falle völlig nutzlos sind, zumal über die Grenzordnung sich alle Parteien in Deutschland einig sind.

Fr. Berlin, 20. März. (Tel.) In der polnischen Grenzverordnung schreibt die „P. Z.“: In politischen Kreisen sieht man nunmehr keine Möglichkeit mehr, die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen. Der vertragslose Zustand zwischen Deutschland und Polen wird also weiter dauern. In wirtschaftlichen Kreisen wird man haben wie drüben das Scheitern der Wirtschaftsverhandlungen, die noch vor Wochen einen ganz wichtigen Anlauf genommen haben, außerordentlich bedauern. Wahrscheinlich wird es sehr schwieriger diplomatischer Verhandlungen bedürfen, um überhaupt wieder eine Basis zu schaffen, auf der man die wirtschaftlichen Fragen erörtern kann. Die Zusagen des polnischen Außenministers Jaleski an Dr. Stresemann in Genf sind leider ohne Erfolg geblieben. Man glaubt kaum, daß vor Juni, also erst nach den Wahlen, eine deutsch-polnische Fühlungnahme zu einem Ergebnis führen kann.

Die Untersuchung der ungarischen Angelegenheit

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Die Dreierkommission, die der Völkerverbund eingesetzt hat, um die italienisch-ungarische Waffenlieferung zu untersuchen, wird unmittelbar nach Ostern ihre erste Sitzung abhalten.

Verhaftung eines Sowjet-Kuriers

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Auf der Station Lundenburg (Tschchoslowakei) wurden aus dem Prag-Wien-Schnellzug heraus der Sowjet-Kurier A. Kostolewski verhaftet. Nach Prager Meldungen wurden in seinem Gepäck zahlreiche kompromittierende Schriften gefunden.

Die kommunistische Wahlpropaganda in Frankreich

Str. Paris, 20. März. (Tel.) Justizminister Barthou hatte gestern eine lange Unterredung mit dem Generalkonsul in Paris über die Frage, inwiefern die kommunistische Propaganda, die im Hinblick auf die Wahlen an Umfang zunimmt, ein Einschreiten der Justiz nach sich ziehen könne. Diese Unterredung nimmt die kommunistische „Humanité“ zum Ausgangspunkt eines scharfen Artikels, in dem es heißt, die Regierung der nationalen Einigung wolle gegen die Kommunisten ein großes Massenkomplott an die Wand malen, das den Vorwand abgeben soll für neue Verhaftungen und besonders zu einem Versuch, die kommunistische Partei als illegal zu bezeichnen. Man wolle die Parteibeamten des politischen Büros und des Exekutivauschusses der kommunistischen Gewerkschaften verhaften und man wolle die Zeitung „Humanité“ unterdrücken.

Automatische Flugversicherungen

Str. London, 20. März. (Tel.) Morningpost zufolge unternahm gestern Abend der Flugzeugkonstrukteur und Fliegerhauptmann de Havilland eine Anzahl Probeflüge mit einem Kleinflugzeug, das mit dem automatischen Tragflächenregel der Firma Handley Page und einem besonderen Untergerüst versehen war. Der Flieger machte dabei absichtlich alle erdenklichen Fehler, um den Wert der Sicherheitsvorrichtung darzutun. Ihren Höhepunkt erreichte die Vorführung, als der Hauptmann die Maschine abstürzen ließ. Das Traggerüst und die Tragflächen brachen entzwei. Die Tragflächen krümmten sich, aber der Flieger selbst blieb bei diesem Manöver, das in einer gewöhnlichen Maschine den sofortigen Tod bedeutet haben würde, völlig unverletzt.

Letzte Nachrichten

Deutschland, England und Frankreich

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ erwähnt im Zusammenhang mit dem hier erörterten Plan einer deutsch-französischen Zusammenarbeit den Besuch von Kühlmann und Reichberg in London. Kühlmann habe bei seinem kürzlichen Besuch in Gesprächen mit englischen Kabinettsmitgliedern sich als eifrigen Vertreter einer wirtschaftlichen und politischen deutsch-englischen Zusammenarbeit bekannt, in die auch Frankreich einbezogen werden soll. Reichbergs Absichten, den „Daily Telegraph“ ziemlich unsanft behandelt, sind bekanntlich andere: deutsch-französische Zusammenarbeit und nur eventuelle Einbeziehung Englands.

Die Deutschen-Verhaftungen in Rußland

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Nachrichten über die Freilassung eines dritten bei im Donezgebiet verhafteten deutschen Ingenieure sind bisher an amtlicher Stelle nicht bestätigt, ebensowenig eine Meldung, daß der deutsche Generalkonsul von Charkow inzwischen mit den Verhafteten in Nowosibirsk am Don irgendwelche Fühlungnahme erhalten habe. Dagegen scheint es, als ob eine Meldung, daß der sechste Verhaftete, Koster, kein Reichsdeutscher sei, richtig ist. Jedenfalls hat sich bisher keine reichsdeutsche Firma gemeldet, die ihn als ihren Angestellten bezeichnet hat.

Die deutschen Reparationszahlungen an Frankreich

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Nach Erklärungen, die Poincaré gestern in Paris abgegeben hat, belaufen sich die Gesamteinnahmen Frankreichs aus dem Dawesplan, d. h. vom September 1924 bis zum Ablauf des vergangenen Jahres auf 11,4 Milliarden Papierfranken, d. h. nach deutscher Währung auf ungefähr 1,87 Milliarden Goldmark.

Schlichtungsverhandlungen bei der Reichsbahn

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Heute nachmittag finden Schlichtungsverhandlungen zwischen der Reichsbahndirektion und den Eisenbahnergewerkschaften unter dem Vorsitz des früheren Staatsministers von Müllendorff als Schlichter statt.

Die italienischen Forderungen in Tanger

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Die Forderungen Italiens für die heutige Tangerkonferenz lauten, wie aus Paris gemeldet wird: Weitere Erhaltung einer Gefandtschaft in Tanger (während sich alle anderen Mächte mit Konsulaten begnügen), ferner Einstellung eines Vertreters in die Verwaltung, und zwar in Person eines Richters für das gemischte Schieds- und Berufungsgericht, ferner Leitung des Gesundheitsamtes der Stadt und Ernennung eines italienischen Kontrolloffiziers für die entmilitarisierte internationale Zone. Diese Forderungen dürften andeuten, um die Konferenz in Gefahr zu bringen.

Abschluss der Hamburgischen Regierungsverhandlungen

Str. Hamburg, 20. März. (Tel.) Die Verhandlungen zwischen den drei Regierungsparteien über die Fortsetzung der gegenwärtigen Koalition haben nunmehr ihren Abschluss gefunden. Es wurde vereinbart, daß der Senat künftig aus zwölf amtlichen und vier halbamtlichen Senatoren bestehen soll. Die Sozialdemokratische Partei wird sechs, die Demokraten drei und die Deutsche Volkspartei drei hauptamtliche Senatoren stellen. Von den halbamtlichen Senatoren werden zwei der Sozialdemokratischen und je einer der Demokratischen und der Deutschen Volkspartei angehören. In bezug auf die Bürgermeisterämter wurde vereinbart, daß in den Jahren 1928 und 1929 Bürgermeister Dr. Peterßen, erster Bürgermeister bleibt und daß vom 1. Januar 1930 ab ein Vertreter der Sozialdemokratischen Partei dieses Amt übernimmt. Zweiter Bürgermeister wird in den Jahren 1928 und 1929 ein Vertreter der Sozialdemokraten und ab 1. Januar 1930 Bürgermeister Dr. Peterßen.

Ein amerikanisches Dementi

M. Berlin, 20. März. (Priv.-Tel.) Das Staatsdepartement bemerkt — wie aus Washington gemeldet wird — mit aller Entschiedenheit eine Nachricht, Amerika beschichtige Portugal eine 100-Millionen-Dollarsanleihe zu gewähren, wofür es einen Flottenstützpunkt auf den Azoren bekommen soll.

Ukrainische Studenten gegen eine Ehrung Pilsudskis. Wie aus Lemberg berichtet wird, hatten die Schulbehörden anlässlich des Namenstages des Marschalls Pilsudski die Gebäude der beiden ukrainischen Staatsgymnasien mit Blumen und Kränzen geschmückt. Ukrainische Studenten entzogen in der Nacht den Festzweigen und bemalten die Häuserfronten mit schwarzer Farbe.

Die Wasserstrassenpolitik Hollands und Belgiens und die Ruhrkohle

Von Hans Piening, Köln.

Die nachstehenden Ausführungen, wenn sie auch vor allem vom Standpunkt der Ruhrkohlenproduzenten geschrieben sind, seien als Beitrag zu der für Baden besonders wichtigen Frage der Reichsbahnartarife wiedergegeben.

Man scheint in manchen Kreisen keine rechte Vorstellung von der Entwicklung des holländischen und belgischen Bergbaus zu haben, die in den letzten Jahren ganz erhebliche Fortschritte gemacht hat, und durch die Wasserstrassenpolitik beider Länder außerordentlich gefördert wird. Die hierin liegende große Gefahr für das bedeutendste deutsche Kohlen-erzeugungsgebiet, das Ruhrgebiet, findet scheinbar auch bei maßgebenden amtlichen Stellen bei weitem nicht die Beachtung, die erforderlich ist, um entsprechende Maßnahmen zum Schutz der deutschen Kohleninteressen rechtzeitig zu treffen. Holland ist durch die starke Steigerung seiner Kohlenförderung in den letzten Jahren nicht nur in die Lage gekommen, die Befriedigung des eigenen Bedarfs erheblich zu steigern und damit den Auslandsmarkt zurückzudrängen, sondern auch die Ausfuhrgrößen zeigen in den letzten Jahren eine stark aufsteigende Kurve, so daß die holländische Kohle auf dem Weltkohlenmarkt bereits ein wichtiger Faktor geworden ist. Die Förderung ist von 1,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 10 Millionen Tonnen im Jahre 1927, die Belegschaft von rund 8000 auf rund 30 000 gestiegen. Die Kohlenförderung ist in den letzten drei Jahren verdreifacht worden und wird durch Errichtung weiterer Koksöfen dauernd weiter entwickelt. Die Gründungen von holländischen Kohlenhandelsgesellschaften in Süddeutschland, in der Schweiz, in Italien, Frankreich und Südamerika geben Zeugnis von den außerordentlichen Bemühungen, in erreichbare Absatzgebiete einzudringen. Die Ausdehnung der Handelsbeziehungen in Süddeutschland und in der Schweiz trifft die Ruhrkohle besonders empfindlich, weil diese Verbrauchsgebiete von jeher fast unbestrittene Absatzgebiete der Ruhrkohle gewesen sind. Wie dieses überaus wichtige starke Auftreten der holländischen Kohle in diesen Gebieten von der holländischen Regierung gefördert wird, soll in folgendem gezeigt werden, zugleich ein Bild gegeben werden, wie einer aufstrebenden Industrie die Wege in die Verbrauchsgebiete geebnet und erleichtert werden.

Das großzügige Wasserstraßensystem Hollands, das sich in der Maaskanalisierung in Verbindung mit dem Juliana-Kanal und dem Kanal Moel-Bymegen, der bereits fertiggestellt und für den Verkehr geöffnet ist, darstellt, ist offensichtlich darauf gerichtet, der Kohle einen sehr verkürzten und fruchtbringenden Weg zum Rhein und somit nach Süddeutschland und Basel unter Umgehung von Rotterdam, wo bisher die Kohle den Wasserweg erreichte, zu verschaffen. Zu diesem Wege bildet der Abschluß eines Kontingentarifs mit der holländischen Staatsbahn und weitreichende Abschlüsse mit holländischen und deutschen Reedereien schon deutlich erkennbare Stappen. Durch den Kontingentarif zahlt die Kohle für den 162 Kilometer langen Weg Heerlen-Rotterdam 2,15 fl. = 8,50 Reichsmark, während die Ruhrkohle für den kürzeren durchschnittlich nur 30 Kilometer betragenden Transportweg zum Rheinumschlag 1,95 Reichsmark zu tragen hat. Durch die Reedereiabschlüsse ergibt sich zu der günstigen Eisenbahnfracht eine Rheinfahrt, die durchschnittlich 1,31 fl. = 2,20 Reichsmark bis Mannheim beträgt, so daß die Gesamtfahrt 5,70 Reichsmark ohne und etwa 6 Reichsmark mit Umschlagskosten ausmacht. Wenn schon heute mit diesen Frachten das gesamte zur Einfuhr zugelassene Kohlen- und Kokscontingent mit Erfolg in Süddeutschland abgesetzt werden kann, so wird die Lage noch wesentlich verschärft werden, wenn die Kanäle erst schiffbar sind, was in diesem Jahre noch der Fall sein soll, und der weitere Plan, zu den abseits von der Maas gelegenen Becken Stichkanäle zu bauen, in die Tat umgesetzt ist. Ab dann wird man mit einer Gesamtfahrt von 4 bis 4,50 Reichsmark je Tonne nach Mannheim und 8 bis 9 Reichsmark nach Basel mit Umschlag in Kehl rechnen müssen. Die Ruhrkohle zahlt bis Mannheim heute 6,20 Reichsmark (Eisenbahn- und Rheinfahrt mit Nebenkosten) und bis Basel 12 bis 13 Reichsmark. In diesen wenigen Zahlen spiegelt sich die Lage. Infolge des entgegenkommenden Verhaltens der holländischen Regierung ist die Frachtenlage für die holländische Kohle so außerordentlich günstig, daß es ihr möglich geworden ist, leicht in die für die Ruhrkohle so ungemein wichtigen Verbrauchsgebiete hineinzudringen. Dieser neue Wettbewerb auf dem süddeutschen Kohlenmarkt bedeutet schon eine große Gefahr, die in der künftigen Abnahme der holländischen Kohle durch die Verbraucher von Monat zu Monat sichtbar wird, die sich aber noch empfindlicher auswirken wird durch die Verringerung der Schweiz über Basel, die nicht an Kontingente gebunden ist, wo also die holländische Kohle sich frei entfalten kann.

Das für Holland gezeichnete Bild gewinnt aber noch ein wesentlich anderes Gesicht, wenn man in Verbindung mit dem holländischen Wasserstraßensystem die belgische Entwicklung in der Campine, die eine Fortsetzung des holländisch-limburgischen Kohlengebirges darstellt, betrachtet. Belgien verfügt bereits über den nördlichen Campine-Kanal und hat den Bau eines südlichen Campine-Kanals über Hasselt-Genemhals nach Antwerpen bereits in Angriff genommen, so daß das mächtig aufstrebende Campinebecken in wenigen Jahren von zwei Großschiffahrtswegen umschlossen ist, und somit außerordentlich günstige Wege für den Transport seiner Produktion an die Küste erhält. Verhandlungen mit Holland, die die Verbindung des südlichen Campine-Kanals mit der Maas südlich von Maastricht zum Ziele haben, sind dem Abschluß nahe, so daß in der Zukunft sowohl für die belgische Campine-

Kohle die Möglichkeit besteht, über Holland an den Rhein zu kommen, als auch der limburgischen Kohle der Wasserweg nach Antwerpen zur Verfügung stehen wird. Der kommende belgische Wettbewerb wird die Lage der Ruhrkohle in den südlichen Ländern noch wesentlich verschärfen.

Das in dieser Entwicklung außerordentliche Gefahren für die Ruhrkohle nicht nur hinsichtlich der Absatzmöglichkeiten im Inland, sondern auch auf dem Weltkohlenmarkt zu erblicken ist, bedarf keines weiteren Beweises, zumal die Produktionskosten in den beiden Konkurrenzländern bekanntlich wesentlich günstiger liegen als bei der Ruhrkohle. Die Verbeibehaltung der gefährdeten Absatzgebiete ist bei dieser Sachlage nur mit Preisopfern möglich, die für die Ruhrkohle um so empfindlicher sind, als die Verdienstspanne, die im Hinblick auf die hohen Lasten des Bergbaus an und für sich schon nur geringste Rentenbildung zuläßt, dadurch noch geringer wird. Mühen schon zur Aufrechterhaltung des Bestandes Opfer gebracht werden, so ist es erst recht nötig zur Verdrängung der Auslandskohle aus diesen deutschen Verbrauchsgebieten. Für die Preisbildung ist die Grenze natürlich durch die Höhe der Produktionskosten gezogen, die zu überschreiten gleichbedeutend mit einer ungelunden und damit unhaltbaren Weltwirtschaft ist. Es bleibt daher nur die Möglichkeit, einen Ausgleich in den veränderlichen Kosten zu suchen, und da muß man im Hinblick auf die holländische Tarifpolitik unwillkürlich die Frage stellen, ob das, was dort möglich ist, nicht auch in Deutschland zu erreichen ist. Kontingenttarife sind auch bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft in den letzten Jahren üblich, besonders auch im Kohlenverkehr durch die Einrichtung der Künftentarife. Als gefährdetes Verbrauchsgebiet ist auch Süddeutschland zu betrachten, und man fragt sich weiter, weshalb der Wasserumschlag nicht noch mehr verbilligt werden kann. Mengen von 50-60 000 Tonnen täglich oder 1,5-1,8 Millionen Tonnen monatlich dürften die Einrichtung eines Kontingenttarifs rechtfertigen. Das dürfte um so weniger Schwierigkeiten begegnen, als die Transportkosten im Hinblick auf die einfache Beförderungart (geschlossene Kohlenzüge, die zum Teil zugestiegen in den Nebenbahnen zusammengestellt werden) unter den normalen Durchschnittskosten der Eisenbahn liegen. Der ungemein starke wirtschaftliche Druck, der auf dem Ruhrbergbau liegt, verschärft durch die immer drohender werdende ausländische Konkurrenz, sowie durch Arbeitszeit und Lohnkämpfe, verlangt eine beschleunigte Erleichterung in dem angebotenen Sinne. Die Verkehrsminister der benachbarten westlichen Länder zeigt, wie eine solche Lösung möglich ist. Das Ziel muß sein, uns möglichst restlos von der Inflation fremder Kohlen zu befreien. Zu dem hierzu unvermeidlichen Kampf hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft in Erfüllung ihrer volkswirtschaftlichen Pflichten die Hand zu reichen.

Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Die russischen Vorschläge

In der Montagigung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses in Genf sprach zunächst der türkische Außenminister **Ruchdi Bey**, der die größere Bedeutung des Schlichtungswesens als der Schiedsgerichtsbarkeit unterstrich. Zur Sicherheit führe er aus, daß die ideale Sicherheit erst mit der Zusammenfassung aller Staaten der Erde in einer einheitlichen Staatengemeinschaft verwirklicht werden könne. Die jetzige relative Sicherheit der Staaten aber könne am besten durch den Abschluß von zwei- und mehrseitigen Nichtangriffsverträgen garantiert werden, in welche auch das Neutralitätsprinzip aufgenommen werden sollte.

Hierauf ging die Kommission zur Behandlung des Totalabrüstungsvorschlages der Sowjetkommission über, wozu **Litwinow** eine ausführliche Begründungsrede hielt. Die Sowjetdelegation wünsche eine öffentliche allgemeine Diskussion des Konventionstextes mit einer klaren Beantwortung, ob er als Prinzip angenommen werden solle oder nicht. Litwinow brachte dann eine Zustimmungserklärung von 124 Frauenorganisationen aus 18 Ländern zur Verlesung. Die Staaten mögen nun ihrerseits nach einer offenen Aussprache sich vorerst darüber entscheiden, ob sie den russischen Vorschlägen mit den vorgesehenen Fristen zustimmen, sowie ob sie bereit sind, schon im ersten Jahre die Abrüstung so weit vorzunehmen (50 Prozent), daß der Krieg sehr erschwert würde. Zum Schluß sprach Litwinow die deutliche Erwartung aus, daß die Vereinigten Staaten die russischen Vorschläge unterstützen werden. Die Aufrichtigkeit dieses Vorschlages für die Abtunung des Krieges könnte nicht überzeugender bekräftigt werden als durch Zustimmung zum russischen Abrüstungsentwurf, der nicht nur das moralische Verbot des Krieges, sondern die Unmöglichkeit der Krieges sich zum Ziele setze.

Als dritter Redner ergriff **Graf Bernstorff** das Wort, der davon ausging, daß der Gedanke einer Abrüstung bis auf die für die innere Sicherheit nötigen Kräfte bereits in den 14 Punkten Wilsons enthalten ist. Die Tätigkeit des Völkerbundes sei allerdings bis heute in einem wesentlich bescheidenen und engeren Rahmen geblieben. Es lasse sich nicht bestreiten, daß die russischen Vorschläge in dem Geiste, von dem sie getragen sind, mit den Anstrengungen des Ausschusses selbst übereinstimmen, und daß sie also geeignet seien, den Arbeiten einen neuen Antrieb zu geben. Sie zeigen in vollkommener Klarheit das Endziel, zu dem wir gelangen müssen. Wenn die russische Delegation zum Beispiel die schrittweise Abrüstung vorschläge, so erscheine ihm daran besonders beachtenswert, daß dieser Vorschlag die verschiedenen Etappen in der Abrüstung in eine ziemlich kurze Zeitspanne zusammenfassen will. Daher in eine Erörterung über die vorgesehene vierjährige Dauer einzutreten, halte er es doch für unerlässlich, daß diese Etappen so rasch als nur möglich aufeinanderfolgen. Die deutsche Delegation hat wiederholt erklärt, daß sie die erste Etappe nur dann als einen wirksamen Schritt zur Verwirklichung der Abrüstung betrachten kann, wenn diese Etappe eine tatsächliche Verabreichung der Rüstungen darstellt und außerdem die Verpflichtung zu weiteren rasch aufeinanderfolgenden Etappen bringt. Ich bin mit dem russischen Vorschlag vollkommen einverstanden, der darauf abzielt, schon mit der ersten Etappe die militärischen Faktoren auszuschalten, die zu einem Angriff dienen können, und ich begrüße mit ganz besonderer Genugtuung den Umstand, daß dabei auch die Kampfmittel, die gegen die Zivilbevölkerung angewandt werden können, einbezogen worden sind. Weiter erklärte Graf Bernstorff, daß eine Einzelberatung der russischen Vorschläge nach Abschluß der Generaldebatte im Interesse der Ausschularbeiten liege. Was schließlich den Einberufungstermin für die Abrüstungskonferenz betreffe, so entspreche die russische Forderung auf möglichst baldige Einberufung vollkommen der deutschen Auffassung.

Nach einer kurzen Erklärung des türkischen Delegationsführers, **Ahdi Bey**, der die russische Delegation als die Vertreterin eines benachbarten und befreundeten Landes zu ihren Vorschlägen beglückwünschte und dafür eintrat, daß diese im Plenum und in aller Öffentlichkeit behandelt werden, wurde die Fortsetzung der Aussprache auf heute Dienstag nachmittag vertagt.

Deutscher Reichstag

W.B. Berlin, 19. März.

Das Saarabkommen mit Frankreich geht an den Auswärtigen und den Handelspolitischen Ausschuß, der Vertrag mit Polen über die Landarbeiter an den Volkswirtschaftlichen Ausschuß.

Eine Ausschüßentscheidung, die die Übernahme der durch die Besetzungsverhältnisse der Gemeinden entstandenen Kosten auf das Reich verlangt, wird angenommen, ebenso eine Ausschüßentscheidung, den Saar-Gängern und Elß-Lothringern-Gängern wieder 14 M monatlich für Verheiratete und 7 M für Ledige zu zahlen und Gassen einen Reichszuschuß zum Rheinbrückenbau in Mainz zu gewähren. Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts fortgesetzt beim Kriegslastenat.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Sp.) bedauert, daß unsere Tributlasten immer noch nicht endgültig festgesetzt sind. Mit aller Schärfe müsse protestiert werden gegen die Zumutung, die phantastische Summe des Londoner Ultimatus von 132 Milliarden als Endsumme anzuerkennen. Zu fordern sei die Festsetzung einer Endsumme, die weit unter 40 Milliarden liegt.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) weist auf die erschreckende Höhe des Kriegslastenetats hin. Angesichts dieser Zahlen sei es nicht zu rechtfertigen, daß ein Reichsetat vorgelegt wird, der eine Prosperität der deutschen Wirtschaft voraussetzt, die tatsächlich nicht vorhanden sei. Wenn wir eine Revision des Dawesplanes wollen, dann müssen wir bei uns selbst anfangen und ein Ende machen mit der demagogischen Finanzpolitik, die heute bei uns getrieben wird.

Abg. Dr. Reichert (Dnt.) fragt, wie es mit der Endsumme stehe, ebenso wie es mit der Freigabe des im Auslande beschlagnahmten Eigentums stehe. Dem **Abg. Dernburg** sei zugestimmt in der Kritik daran, daß wir durch die nur durch Auslandsanleihen ermöglichten Zahlungen uns als reicher hinstellen als wir wirklich sind. Bei einer Revision des Dawesplanes müsse auch die Verbilligung der Eisenbahnfrachten ermöglicht werden. Die Deutschnationalen müssen jede Verantwortung für die Gestaltung des Dawesplanes ablehnen.

Abg. Dr. Brecht (B. Ver.) meint, es sei sehr einfach, sich jetzt gegen den Dawesplan zu erklären. Seine Annahme wäre ohne die Zustimmung der Deutschnationalen nicht möglich gewesen. Gerade die deutschnational beeinflussten Regierungen hätten die Etats so aufgebläht, daß die Wirkung eine Steigerung der Daweszahlungen war. Damit schließt die Aussprache.

Der Kriegslastenat wird angenommen, dazu eine Entschüßung zugunsten der elß-lothringischen Aufständischen.

Der inzwischen eingegangene Ergänzungshaushalt, der das Notprogramm enthält, wird ohne Aussprache dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums.

Der Ausschuß verlangt in einer Entschüßung jährliche Nachweisungen über Festsetzung, Erlaß und Niederschlagung von Geldstrafen.

Abg. Meier-Waden (Soz.) erklärt, die ganze Steuergesetzgebung der letzten Zeit sei mit unlogischem Geist erfüllt. Die Hauptlast werde von den wirtschaftlich Schwächsten getragen. Vom Landbund werde bewußte Steuerhabeotage getrieben. In den Demonstrationen der Landwirte werde bei der Schilderung der steuerlichen Belastung der Landwirte die Wahrheit auf den Kopf gestellt. Der Redner verlangt die Offenlegung der Steuerlisten. Nur so könne der Zustand aufgehoben, daß für den Hektar der badische Kleinsauer 145 Reichsmark, der ostelbische Großgrundbesitzer nur 17 M Steuer bezahle.

Abg. Dr. Gremer (D. Sp.) weist darauf hin, daß die breiten Massen auf diese Weise mehr belastet seien. Bei den Besitz- und Verkehrssteuern sei teilweise eine Überlastung der Steuerkraft zu verzeichnen. Die Lohnsteuer sollte auf eine andere Basis gestellt werden. Es zeige sich die Tendenz einer weiteren Erhöhung der Realsteuern. Die Zuweisungen an die Länder seien geringen, aber bei den Ländern werde das Lied angestimmt: Je mehr er hat, je mehr er will! Die geräuschvollen Landbunddemonstrationen, bei denen oft mit unwahren demagogischen Behauptungen gearbeitet werde, machten oft den Eindruck, als hätten die Führer ein Vergnügen daran, die Volkseele zum Kochen zu bringen. Aus solchen bedauerlichen Ausschreitungen dürfe man aber nicht Schlüsse auf die Einstellung der gesamten Bauernschaft ziehen. Der Redner verlangt schließlich eine bessere Besoldungsregelung für die Beamenschaft.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt eine Herabsetzung der Kosten des Finanzministeriums und eine Verminderung seines großen Verwaltungsapparates im Interesse der Steuerzahler. Das Reichsausgleichsamt könnte viel billiger arbeiten, wenn das Reich die Abrechnung mit den Ländern vereinfachen würde. Die Durchführung des Bewertungsgesetzes sei ganz besonders unständlich und kostspielig. Der Bewertungsrat mache große Karawanzreisen und nehme dabei eine Flasche Salzsäure mit, um die Haltbarkeit des Bodens zu prüfen (Scherz). Die kleinen Bauern müßten heute weit höhere Steuern zahlen als die Großgrundbesitzer. Die schwankende Haltung des Reichsfinanzministers in der Beurteilung der Finanzlage des Reiches sei nach den politischen Bedürfnissen der Regierung sei befremdlich. Der Redner verlangt eine Vereinfachung des Steuerwesens in Reich und Ländern.

Abg. Dr. Brüning (Zentr.) nimmt den Reichsfinanzminister gegen die Angriffe des **Abg. Dr. Gremer** in Schutz. Die meisten dieser Angriffe träfen eigentlich die Reichstagsbeschlüsse, die mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei gefaßt wurden. Bei der Landwirtschaft werde sich das jetzige System der Besteuerung nicht dauernd aufrecht erhalten lassen. Vor der Erledigung des endgültigen Finanzausgleiches könnten aber keine Reformversuche gemacht werden.

Abg. Dr. Gerike (Dnt.) beklagt die steuerliche Belastung der Landwirtschaft, die besonders unter dem Druck der Realsteuern leide. Die Rundgebungen der Bauernschaft im ganzen Reich seien keineswegs künstlich ausgeglichen. Der Vorwurf der Steuerdrückerei gegen den Großgrundbesitzer sei ganz unberechtigt. Die Landwirtschaft wende sich nur dagegen, daß ihr die Steuern aus der Substanz abgepreßt werden. Das habe ja auch der Minister nicht gewollt.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler: Wir sind uns darüber klar, daß bei der Lohnsteuer eine Änderung notwendig ist. Wir werden uns in nächster Zeit auch aussprechen müssen über die Frage von Zolleinstenungen und über Fragen der Besitz- und Verkehrssteuern. Die Komplexität der Steuerverwaltung ist in der Hauptsache dadurch verschuldet worden, daß der Reichstag in den Gesetzen jede mögliche Einzelheit regeln wollte. Die Aufhebung einer großen Zahl Finanzämter steht bevor, auch die Landesfinanz-

ämter sollen verringert werden. 1927 ist es uns dadurch gelungen, die internationale Verschachtelung vieler Betriebe aufzudecken, zum Nutzen der Einnahmen des Reiches. Wir wollen keineswegs die Prüfer in alle möglichen Kleinbetriebe schicken. Ich bedauere, daß das Steuervereinfachungsgesetz nicht verabschiedet werden konnte. Ich verbeule es keinem Berufsstand, wenn er in seiner Not Demonstrationen veranstaltet, aber unter gar keinen Umständen kann die Regierung das dulden, was in den letzten Tagen da und dort vorgekommen ist. In Paris handelt es sich um außerordentlich schwere Verhältnisse, und es tut mir leid, daß nun die armen irgeleiteten Menschen vor dem Strafgericht Dinge zu büßen haben, in die sie - ich weiß nicht durch wen - hineingeht worden sind. Ich habe die dringende Bitte an die Führer der Organisationen zu richten, die Zügel ja nicht aus der Hand zu geben. Es kann auch nicht geduldet werden, daß in Kauf und Bogen in einem ganzen Bezirk alle Landwirte einfach erklären: Wir zahlen nicht mehr! (Rufe rechts: Wir sind alle zahlungsunfähig!) Damit kommt man nicht aus! Wir können mindestens die Ausnahmen feststellen. Es geht nicht an, daß meine Beamten in verschiedenen Landesbezirken nur noch unter Drohungen arbeiten können (Beifall).

Abg. Simon (Soz.) nennt die gegenwärtigen Nachschärfen des Landbundes verbrecherisch. Er verlangt Entzug der Lohnsteuer und stärkere Anziehung der Besitzsteuer.

Abg. Drieh (Christl. Nat. Bayern) bemängelt vor allem die Vorfahrt der Steuern in der Landwirtschaft. Neben der Steuererleichterung sei die Steuervereinfachung notwendig.

Abg. Vorrmann (B. Ver.) führt Beschwerde über die Art, in der selbst bei den kleinsten Betrieben des Gewerbes Vorkorrekturen vorgenommen werden.

Abg. Frau Krüger (Soz.) verlangt schnelle Befriedigung der Ansprüche der früheren Kriegsgefangenen. Damit schließt die Aussprache.

Der Hausalt wird mit der Ausschüßentscheidung angenommen.

Der vom **Abg. Vorrmann** begründete Antrag wird dem Steuerausshuß überwiesen.

Um 24 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen das Kriegsschadensschußgesetz.

Politische Neuigkeiten

Eine Denkschrift des Reichsernährungsministers

Nachdem der Reichsrat den Ergänzungsetat verabschiedet hat, hat nunmehr der Reichsernährungsminister den Mitgliedern des Haushaltsausschusses des Reichstages als Unterlage für die bevorstehenden Beratungen eine Denkschrift zugehen lassen, die sich auf die finanziellen Anforderungen bezieht, die in Ausführung des landwirtschaftlichen Notprogramms im Ergänzungsetat enthalten sind.

In der Denkschrift wird darauf hingewiesen, daß die Not in der deutschen Landwirtschaft mit den angeforderten Mitteln nur dann fühlbar gelindert werden könne, wenn diese nach einheitlichen Gesichtspunkten verwendet werden. Es gelte vor allem, die aufbauenden Kräfte der Selbsthilfe in der Landwirtschaft dem Gesamtplan nutzbar zu machen. Als ein wesentlicher Grund der landwirtschaftlichen Not wird die Ungleichgewichtigkeit zwischen der landwirtschaftlichen Gütererzeugung und den Bedürfnissen des Verbrauches bezeichnet, die in zeitweiligen Absatzschwierigkeiten für nahezu sämtliche landwirtschaftlichen Produkte ihren Ausdruck findet. Es sei daher die wesentlichste Aufgabe, einen geeigneten Ausgleich zwischen dem stark schwankenden Angebot und den Anforderungen des Verbrauches herbeizuführen. Verminderung starker Preisfluktuationen, Minderung der Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen sowie Standardisierung der landwirtschaftlichen Produkte sei anzustreben. Weiter soll durch Nationalisierung des Genossenschaftswesens im Sinne einer weitgehenden Vereinheitlichung und Vereinfachung der organische Aufbau der Selbsthilfsorganisationen der Landwirtschaft gefördert werden. Am Schluß wird auf den Zusammenhang des gesamten Problems mit der Änderung des Gesetzes über die Rentenbankkreditanstalt hingewiesen. Es wird herbeigehoben, daß die gesamten Hilfsmaßnahmen nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn es gelingt, die Finanzierung der Absatzorganisationen dadurch zu erreichen, daß die Deutsche Rentenbankkreditanstalt in die Lage gebracht wird, in Geschäftsverkehr mit ihnen zu treten, was bisher nicht möglich ist.

W.B. Berlin, 20. März. (Tel.) Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab heute der Vorsitzende, **Abg. Heilmann** (Soz.) zunächst den Beratungsplan für den Rest der Woche bekannt. Danach soll am Samstag oder am Freitagabend die Phöbusangelegenheit beraten werden. Auf der Tagesordnung steht heute das im Ergänzungshaushalt für 1928 enthaltene landwirtschaftliche Notprogramm. Reichsernährungsminister **Schiele** verweist auf die vorgelegte Denkschrift und begründet dann das Notprogramm.

Der Phöbusausschuß

Der für die Aufklärung der Lohmannunternehmungen eingeseßte **Untersuchungsausschuß** des Reichstages hat laut „Roh. Bl.“ Montagabend seine Beratungen beendet. Der Berichterstatter **Abg. Feinig** (Soz.) soll zusammen mit dem **Abg. Treviranus** (Dnt.) die Folgerungen aus den bisherigen Untersuchungen ziehen und in einem Entwurf den dem Hauptauschuß vorzulegenden Bericht bis Mittwoch nachmittag 5 Uhr fertigstellen. Im Verlauf der Phöbusuntersuchungen hat sich, wie die „D. A. Z.“ meldet, neuerdings herausgestellt, daß Kapitän Lohmann auch die deutschen Transozeanflüge finanziert hat. Das Blatt erfährt hierzu, daß man im Reichsverkehrsministerium diesen Experimenten mit großer Skepsis und Vorwarnung gegenüberstand.

Die ägyptische Regierungserklärung

In der ägyptischen Kammer gab am Montag Ministerpräsident **Rahas Pascha** die Regierungserklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Regierung erkennt keine Kassa und keinen Pakt an, die der völligen Unabhängigkeit Ägyptens widersprechen oder die Rechte des Sudans nicht achten. Bezüglich der kürzlich geführten englisch-ägyptischen Besprechungen sprach **Rahas Pascha** sei Bedauern aus, daß man keine Grundlage für eine Einigung gefunden habe. Doch sei die ägyptische Regierung sicher, daß bei gutem Willen sich eine Einigung finden lassen werde, welche die Unabhängigkeit Ägyptens und die Interessen Großbritanniens wahre. Darauf zogen die Nationalisten ihren Vertragsantrag zurück. Die Kammer sprach schließlich der Regierung das Vertrauen aus.

Sicherung von U-Booten. Präsident Coolidge machte dem amerikanischen Kongreß den Vorschlag, 200 000 Dollars zu bewilligen, um es dadurch dem Marinedepartement möglich zu machen, Untersuchungen und Experimente mit Erfindungen zur Sicherung von U-Booten anzustellen. Praktisch bedingene Erfindungen sollen dann auf allen U-Booten der Flotte der Vereinigten Staaten angebracht werden.

Das Reich und Preußen gegen die Steuerfreilaufforderungen

Das Reichsministerium hat am Montag Maßnahmen gegen die Aufforderungen zum Steuerstreik und zur Steuerabsage an die Landbevölkerung beraten. Auch die preussische Regierung erwägt Maßnahmen gegen die Steuerfreilaufforderungen. Das ganze umfangreiche Material wird, der „Post, Fig.“ zufolge, vom preussischen Justizminister geprüft, der in den nächsten Tagen dem Staatsministerium berichten und seine Vorschläge machen werde. Die „Germania“ warnt den Landbund, die bisher geübte Methode fortzusetzen. Die Leidtragenden würden die Bauern selbst sein, da die jetzt für sie überall vorhandenen Sympathien bei Fortsetzung der Gewalt- und Sabotagemethoden sehr bald in ihr Gegenteil verkehrt sein würden. Wir warnen dringend, so schließt das Blatt, und erwarten, daß die Regierung, die sich mit der ganzen Frage eingehend beschäftigt, gegen die Treibereien des Landbundes Front macht.

Schiedspruch für den oberschlesischen Bergbau

W. A. G. Leipzig, 20. März. (Tel.) Da in den Verhandlungen über die Tarifstreitigkeiten im oberschlesischen Bergbau unter den Parteien eine Einigung nicht erzielt wurde, hat die Schlichterkammer einen Schiedspruch über die Streitfragen des Manteltarifs und einen weiteren über das Mehrarbeitsabkommen gefällt. In der am meisten umstrittenen Frage der Mehrarbeit wird im dem Schiedspruch bestimmt, daß die Arbeitszeit unter Tage unverändert 8 Stunden betragen soll, während die Arbeitszeit über Tage in den durchgehenden Betrieben 10 Stunden beträgt, für die Überarbeit bei 11stündiger Schicht sich jedoch auf 9½ Stunden ermäßigt. Die bisher über Tage geübten Stundenlöhne sollen in Schichtlöhne umgewandelt werden. Die Verhandlungen über den Manteltarif hatten das Ergebnis, daß die Einführung von Urlaub für jugendliche Arbeiter bestimmt wurde. Die Erklärungsfrist für beide Schiedsprüche läuft am 26. März ab.

Die Autonomienangelegenheit in Elsaß

W. A. G. Paris, 20. März. (Tel.) Wie dem „Petit Journal“ aus Mülhausen gemeldet wird, hat der mit der Autonomienangelegenheit betraute Untersuchungsausschuß gestern Abde Guegh als Zeugen einem vierstündigen Verhör unterzogen. Außerdem hat der Untersuchungsrichter den Abde Bembs lange verhört. Bembs, der Geistliche auf dem Lande ist, soll eine Million zur Schaffung der ersten, inzwischen verbotenen, Autonomienzeitung, „Die Volksstimme“ zur Verfügung gestellt haben. Nach dem „Petit Journal“ konnte die Verurteilung dieser Gelder festgesetzt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Württembergs hielt in Cannstatt ihren Delegiertenkongress ab. Im Laufe der Verhandlungen erklärte Abg. Ulrich, das Ziel der Neuwahlen sei, den gegenwärtigen Reaktionsblock zu zertrümmern. Wenn die Sozialdemokratie durch die Wahl berufen werde, in Regierung und Verwaltung mitzuwirken, so werde sie ihre ganze Kraft einsetzen für sozialen und kulturellen Fortschritt, für steuerliche Gerechtigkeit, sowie für eine friedliche Entwicklung der äußeren und inneren Politik.

Zur Gefrierfleischfrage. Der interfraktionelle Ausschuß der bisherigen Regierungsparteien des Reichstages beschäftigte sich am Montag nachmittag mit der Frage der Gefrierfleischzufuhr. Es sind erneut Meinungsverschiedenheiten über die Höhe des Kontingents entstanden. Man läßt noch auf keinen Beschluß. Von einigen Parteien wurde eine Hinaufsetzung des nach der Vorlage auf 50 000 Tonnen festgesetzten Kontingents auf 70 000 beantragt. Die Verhandlungen sollen am heutigen Dienstag fortgesetzt werden.

Der Stawjew-Brief im Unterhaus. Im Verlauf der Aussprache über die Veröffentlichung des Sinowjew-Briefes schilderte am Montag im englischen Unterhaus Ministerpräsident Baldwin die Vorgeschichte des Bekanntwerdens des Briefes. Nach ihm trat der Generalkonsul gegen eine parlamentarische Untersuchung des Falles ein, da dadurch die Informationsquellen der Regierung aufgedeckt würden. Das Unterhaus lehnte schließlich den diesbezüglichen Antrag der Arbeiterpartei mit 226 gegen 132 Stimmen ab.

Badischer Teil

9 Jahre badische Verfassung

Am 21. März kann die badische Verfassung ihren 9. Geburtstag feiern. Nachdem die vorläufige Volksregierung den Entwurf eines Gesetzes über die badische Verfassung vorgelegt und eine Mitgliedliche Kommission diese Grundlagen zu einer neuen Verfassung weiter ausgearbeitet hatte, nahm die Nationalversammlung am 21. März 1919 einhellig mit 90 Stimmen den Gesetzentwurf an, der der Republik Baden ihre Verfassung gab.

Vorarbeiten für die neue Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen

bl. Mannheim, 20. März. Gestern wurde mit den Vorarbeiten der neuen Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen begonnen. Die Arbeiten sind der Firma Grün & Bilfinger übertragen, während die Arbeiten für die Rheinbrücke bei Speyer die Firma Bredel in Ludwigshafen zugewiesen erhielt. An dieser Brücke wurden die Vorarbeiten schon am Freitag in Angriff genommen. Die neue Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen wird etwa 10-15 Meter oberhalb der jetzigen Rheinbrücke errichtet. Die Vorarbeiten sind außerordentlich schwierig und zwar einmal wegen der Pfeiler der alten Rheinbrücke und zum anderen wegen der Schifffahrt. Schiffe können nur mit äußerster Vorsicht verkehren. Die Vorarbeiten werden mit großer Beschleunigung durchgeführt, da sie bis zum 15. April beendet sein müssen.

Gebt für unsere Taubstummen!

Die traurige Tatsache, daß unsere badische Heimat von allen deutschen Ländern im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Taubstummen hat, stellt das badische Volk vor eine große und ernste Aufgabe. Zwar ist in der Fürsorge für die badischen Taubstummen von einem engeren Hilfsbereiten Kreis schon viel Dankenswertes geleistet worden, aber es muß noch viel mehr für die „Erlernen des Lebens“ getan werden, damit sie in eigener, Werte schaffender Arbeit bestehen können im harten Existenzkampf unserer Zeit und im Alter eine Heimstätte finden. Die Gründung des Taubstummenvereines Bruggthalen in Neckargemünd ist ein großer Schritt aufwärts auf dem Gebiet der Taubstummenfürsorge. Diese Kulturarbeit gilt es auch für die Zukunft sicherzustellen. Deshalb ergeht am Sonntag, den 25. März, an alle, die mit gesunden Organen und Sinnen im Leben stehen, der Mahnruf mitzuarbeiten an dieser selbstverständlichen Pflicht. Spende bei der Strahlen- und Hausammlung jeder eine Gabe für die badischen Taubstummen!

Verein badischer Pflanzengärtner

In Heidelberg fand kürzlich eine erweiterte Vorstandssitzung des Vereins badischer Pflanzengärtner statt, die vom Vorsitzenden, Saatzzüchter Odenkott, Strahlenheim, geleitet wurde. Neben den übrigen Vorstandsmitgliedern konnte dieser auch den geschäftsführenden Direktor der Badischen Landwirtschaftsämter, Direktor Dr. von Engelberg, Karlsruhe, in der Sitzung begrüßen. Der Geschäftsführer des Vereins, Landwirtschaftsrat Fuß, Rastatt, erstattete einen kurzen Bericht über den Stand der verschiedenen Arbeiten auf diesem Gebiet. Im besonderen betonte er die Notwendigkeit einer einheitlichen Vermittlungszentrale des gesamten anerkannten Saatzgutes. Einstimmig wurde der Wunsch geäußert, daß trotz den außerordentlich großen Einsparungen, die in den Voranschlägen des Staates und der Landwirtschaftskammer zum Ausdruck kommen, die Gebiet der Pflanzengärtner keineswegs Not leiden sollen. Die erfolgversprechenden Anfangsarbeiten auf diesem Gebiet könnten sich nur dann zum Segen unseres ganzen Landes ausdehnen, wenn eine genügende Unterstützung von seiten der maßgebenden Stellen für die Zukunft gewährleistet ist. Die nächste Vorstandssitzung soll in Rastatt stattfinden, um die erfolgreichen Arbeiten der Landwirtschaftskammerbetriebe dort in Augenschein zu nehmen.

Lohnbewegungen in Baden

Zum Schiedspruch in der Metallindustrie. Die Betriebsräte und Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes nahmen am Sonntag in Freiburg zu dem Schiedspruch des Freiburger Schlichtungsausschusses (Nahmentarif für die Metallindustrie Oberbadens) Stellung. Der Schiedspruch ist mit überwiegender Mehrheit von den Arbeitern abgelehnt und gleichzeitig beschlossen worden, daß bis zum Abschluß eines neuen Tarifs nur die gesetzliche Arbeitszeit von 48 Stunden die Woche gearbeitet und jede Überstunde vorläufig abgelehnt wird. Bis zum Dienstag Mittag muß der Metallindustriellenverband die Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches erklären. Vom Deutschen Metallarbeiterverband ist der Schiedspruch abgelehnt. Aller Voraussicht nach wird sich der Schlichter in Karlsruhe mit diesem Schiedspruch noch befassen.

Städtische Besoldungsfragen. Nunmehr sind auch die badischen Städte an die Frage einer Neuaufstellung ihrer Besoldungsbedingungen und -tarife herangetreten. Die Stadt Heidelberg beziffert ihren monatlichen Mehraufwand auf rund 35 400 Reichsmark, wozu noch die Erhöhungen der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge mit rund 5850 RM kommen. — Die Stadt Rastatt rechnet mit einem Mehraufwand für das zweite Halbjahr des laufenden Rechnungsjahres von 40 000 RM.

Aus der Landeshauptstadt

70. Geburtstag. Konrad C. Neimeyer begeht morgen seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar ist ein hervorragender Vertreter des deutschen Wirtschaftslebens. Als Besitzer großer Spinnereien und Färbereien, Vertreter des Lloyd und bedeutender Kohlenzechen, hatte er Gelegenheit, zur Hebung der deutschen Industrie wesentlich beizutragen. Die deutsche Kolonie in Neapel hatte an ihm einen unermüdbaren Förderer.

Der Film „König der Könige“. Mit großen Letzern kündigten die Badischen Lichtspiele im Konzerthaus als Erläuterung für Baden den großen Film „König der Könige“ an. Das gewaltige und filmtechnisch ganz hervorragende Werk hat den Handlungskstoff des Neuen Testaments, den Grundstoff des christlichen Glaubens. Das Manuskript ist von Macpherson sehr geschickt bearbeitet, was aber der Regisseur aus diesem Werk herausgehauert hat, ist etwas ganz außergewöhnliches. Hier sieht man, mit welcher genialen, ja manchmal ungewöhnlichen Mitteln die amerikanische Filmtechnik gearbeitet hat, damit der Film zu einer so großen Wirkung kommt. In 18 Akten wird das Leben, Wirken und Leiden Christi in einer Fülle von hervorragenden Bildern vorgeführt. Den Höhepunkt erreicht das Filmwerk in der großen Filatuzszenen, dem Todesgang mit der Kreuzigung Christi. Diese Schilderung auf der Leinwand in ganz besonderer Art ist eine Meisterleistung des Regisseurs. Der Eindruck ist überwältigend. — Eine besondere Anerkennung verdient das verstärkte Orchester der Polizeikapelle. Mit Feinheit illustriert sie das Filmwerk. 11. a. wird das „Largo“ von Handel in der Abendmahlsszene prachtvoll zu Gehör gebracht. Daß dieser Film wiederum ein volles Haus brachte, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden.

Zwei Kinder erstickt. Gestern vormittag geriet in einem hiesigen Kinderheim das Bettzeug eines Kinderbettes, das sich in der Nähe des Ofens befand, durch herausprühende Funken aus dem Ofenfenster in Brand. Es bildete sich eine starke Rauchentwicklung, wodurch zwei Kinder im Alter von 5 und 8 Wochen den Erstickungstod fanden. Die Pflegerin hatte nur für kurze Zeit das Zimmer verlassen. Eine Untersuchung ist im Gange.

Badisches Landestheater. Die Schülervorstellung von Beethovens „Fidelio“ am Mittwoch, den 21. März, wird musikalisch von Rudolf Schwarz geleitet. Eigenische Leitung: Otto Krauß. In den Hauptpartien sind beschäftigt, die Damen Klant, v. Hartung und die Herren Lauffötter, Böfer, Müller, Strauß, Vogel und Wehrbach. Anfang 18½ Uhr. Klage aller Preisgattungen sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten.

Weiternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die gestern bei Irland liegende Zirkone ist nordwärts weitergezogen, während das kontinentale Hochdruckgebiet über Skandinavien sich verstärkt hat. Daher letzte heute nach neuerdings Ostfröhen ein, die uns Aufklärung und Nachfröhen brachte. Da die Druckverteilung im wesentlichen fortbesteht, wird auch morgen das heitere Frühlingswetter fort-dauern. Voraussage für 21. März: Heiter und trocken, Temperaturen wenig verändert, südöstliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Rehl, 20. März. Gestern 20 Uhr fuhr im Bahnhof Kork ein aus Richtung Bodensee kommender Personalkraftwagen in die ordnungsmäßig geschlossene und beleuchtete Schranke des Wegübergangs und geriet auf die Fahrbahn eines gleichzeitig aus Richtung Offenburg herannahenden Güterzugs. Der Insasse und zugleich Führer des Kraftwagens konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen und trug nur leichte Gefährdungen davon. Der Kraftwagen wurde durch den Zusammenstoß mit der Lokomotive stark beschädigt.

D. K. Krözingen, 19. März. Im Gelände des Thermalbades und im Schlosspark ist man jetzt eifrig beschäftigt, die bestehenden Gartenanlagen herzurichten. Mit Beginn der Saison wird der Schlosspark als Kurpark in Benutzung genommen. Er ist teilweise an die Kurverwaltung abgetreten worden.

bl. Baden-Baden, 20. März. Am morgigen Mittwoch kann General von Deimling, der bekannte Popsänger, seinen 75. Geburtstag feiern.

* Rehen, 16. März. Dem Professor Dr. Karolus in Leipzig wurde anlässlich seines 35. Geburtstages von seiner Heimat-gemeinde Rehen, in Anerkennung seiner erfolgreichen Erfindungen auf dem Gebiete der Heliographie, das Ehrenbürgerrecht verliehen.

D. Freiburg i. Br., 19. März. Die Stadt Freiburg hat bekanntlich für ihren heimgegangenen Ehrenbürger, Altreichs-fanzler Konstantin Fehrenbach, auf dessen Grabstätte auf dem hiesigen Ehrenfriedhof einen Erinnerungstein mit der Wüste des Heimgegangenen erstellen lassen. Am kommenden Sonntag soll die feierliche Übergabe dieses Gedenksteins durch die Stadt erfolgen, bei welcher Gelegenheit der Freiburger Männergesangsverein, dessen Präsident Konstantin Fehrenbach lange Jahre hindurch war, mitwirken wird.

Meersburg, 18. März. Das Neue Schloß wird bis Pfingsten auf seiner Südseite neu hergestellt sein. Die große Front ist stark durchstößt mit Pfeilern und schmiedenden Bildhauerreliefs. Nach Vollendung des großen Wappens Franz Konrads von Rodt, nach Auffüllung der Hierarchen und Figuren auf dem Dachgesims wird das Neue Schloß von Meersburg eines der schönsten Bilder Süddeutschlands sein. Der Badische Landtag hat auch die Mittel zur Herstellung der übrigen Schloßseiten genehmigt, so daß mit der Wiederherstellung des schönen Baues bis zum nächsten Jahre bestimmt zu rechnen ist.

Handel und Wirtschaft

Berliner Feisnotennotierungen

	20. März		19. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.18	168.52	168.07	168.41
Kopenhagen 100 Kr.	111.97	112.19	111.94	112.16
Italien 100 L.	22.065	22.103	22.065	22.096
London 1 Pf.	20.39	20.53	20.381	20.421
New York 1 D.	4.1765	4.1845	4.1700	4.18 0
Paris 100 Fr.	16.44	16.48	16.43	16.47
Schweiz 100 Fr.	80.43	80.59	80.41	80.57
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.81	58.92
Prag 100 Kr.	12.379	12.399	12.384	12.404

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Die mit Erlaß vom 7. Dezember 1927 (Karlsruher Zeitung vom 9. Dezember 1927 Nr. 287) der jüdischen Blindenanstalt für Deutschland e. V. erteilte Genehmigung zur Sammlung von Geldspenden durch Überfendung von Werbeschriften an jüdische Kreise in Baden wird bis 30. Juni 1928 verlängert.

Karlsruhe, den 17. März 1928.
Der Minister des Innern
Remmele

Bekanntmachung

Die nächsten öffentlichen Prüfungen im Aufbeschlag finden statt:

- am Freitag, den 20. April 1928 und Samstag, den 21. April 1928 jeweils vormittags 8 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Freiburg, am Montag, den 23. April 1928 vormittags 9 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Neffelsried, am Mittwoch, den 25. April 1928 vormittags 9 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Mannheim, am Donnerstag, den 26. April 1928 und Freitag, den 27. April 1928 jeweils vormittags 8 Uhr in der Aufbeschlagsschule in Karlsruhe.

Anmeldungen sind schriftlich spätestens bis zum 10. April 1928 bei dem Bürgermeisterrat des Wohnortes unter Anschlag des Geburtscheins des Bewerber und eines bürgermeisteramtlich beglaubigten Nachweises über eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Schmiedegeselle einzureichen. Das Bürgermeisterrat hat das Gesuch umgehend dem Ministerium des Innern vorzulegen, das über die Zulassung des Bewerbers zur Prüfung entscheidet.

Karlsruhe, den 19. März 1928.
Der Minister des Innern
Remmele

Raul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. März 1928 verendet:
Amtsbezirke: Freiburg. Gemeinden: Freiburg.
Bretten: Bretten.

Badisches Statistisches Landesamt.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufsetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern
Zurufgesetzt:
Polizeisekretär Franz Müller in Konstanz.
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts
Ernannt:

Den Professor Dr. Eduard Rehn an der Medizinischen Akademie in Düsseldorf mit Wirkung vom 1. April 1928 zum ordentlichen Professor der Chirurgie an der Universität Freiburg; Oberlehrerin Anna Seig zum Rektor an der Mädchenfortbildungsschule in Heidelberg.

Verliehen:
Den Privatdozenten an der Universität Heidelberg Lic. theol. Artur Weiser, Lic. theol. Dr. phil. Robert Winter und Lic. theol. Theodor Odenwald die Amtsbezeichnung außerordentlicher Professor für die Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Lehrkörper der Universität.

Berufen:
Handelslehrer Eugen Rauch von der Handelsschule in Pforzheim an jene in Hornberg.

Aus dem Bereich des Landesamts für Südwestdeutschland:

Der Herr Reichspräsident hat den Regierungsrat a. g. St. Burkhardt beim Württ. Wirtschaftsministerium und den Regierungsrat Dietrich beim Badischen Ministerium des Innern zu ständigen Stellvertretern des Präsidenten des Landesamts für Südwestdeutschland ernannt. Gleichzeitig hat der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sic zu Oberregierungsräten bestellt.

Gestorben:
Förster August Ostjahn in Segau.

Alles was die Mode verlangt

Damen-Stoffen

WOLLE aus SEIDE

in unvergleichlicher Auswahl / zu billigsten Preisen

Geipheimer & Mendel

386

Badenweiler

379

Hotel Römerbad
Eröffnung 15. März

Nehmt Musikunterricht
bei der Musiklehrerschaft des
Deutschen Musikerverbandes
Lehreradressen erhältlich in den
Musikalienhandlungen 961

Aussichtsreiche Betriebsstellung

Größere Spezialmaschinenfabrik Süddeutschlands sucht energischen INGENIEUR zur Überwachung der Fertigmontage, Gewandtheit im Verkehr mit anderen Sellen wichtig. Nur Herrn mit genügender Betriebspraxis wollen sich melden. Erfahrung im Papierverarbeitungs- und Druckmaschinenbau erwünscht. Angebote mit ausführlichem Bildungsgang und Lichtbild erbeten unter H. 389 an die Expedition der Karlsruher Zeitung. 389



um die Standuhren aufzustellen, die im
UHRENHAUS RICHARD KITTEL
gekauft wurden. Dieser Erfolg ist auf die Qualität der Uhren und die Leistungsfähigkeit meines Hauses zurückzuführen. Besuchen Sie daher auf jeden Fall vor Einkauf einer Stand- oder Wanduhr mein reichhaltiges Lager. Sie werden überrascht sein über die Schönheit, Qualität, Preiswürdigkeit und kulantesten Verkaufsbedingungen.
Für jedes Werk wird langjährige, fachmännische Garantie übernommen.
KARLSRUHE, AM STADTGARTEN I, FERNRUF 2540

Ziehungsliste der Lotterie beim Pferdemarkt zu Donaueschingen am 9. März 1928

Los-Nr.	Gew.-Nr.								
476	349	9413	216	16873	314	26617	357	36007	186
724	32	9791	113	16894	9	26769	213	36075	136
922	386	10097	88	16953	331	26820	57	36192	14
1202	320	10150	336	17062	41	26911	312	36396	274
1287	202	10303	42	17106	364	26965	311	36469	21
1477	208	10329	30	17307	23	27239	27	36541	389
1536	225	10372	291	17795	378	27409	182	36725	205
1583	265	10490	193	17802	346	27443	329	37106	63
1623	175	10604	22	17812	149	27700	93	37192	54
1869	182	10676	201	17966	328	27704	203	37459	235
1908	222	10691	81	18142	188	28003	197	37744	339
1923	123	10802	5	18309	67	28076	301	37779	334
1939	177	10917	61	18484	89	28547	267	37818	55
1975	393	11156	384	18516	141	28623	190	38193	76
2010	8	11250	14	18551	356	28697	24	38326	166
2088	105	11586	141	18844	154	28831	179	38447	68
2113	84	11781	337	19011	116	28628	380	38374	348
2266	388	11854	71	19086	354	29030	142	38586	66
2367	248	12028	191	19111	116	29072	286	38628	238
2437	60	12134	270	19208	161	29481	74	38631	307
2546	368	12259	292	19426	144	29671	294	39023	148
2597	396	12292	316	19845	310	29869	7	39044	278
2749	351	12414	259	19867	360	29871	276	39104	121
2984	298	12435	224	20113	327	29872	29	39194	101
3058	279	12700	50	20180	212	30003	70	39267	156
3078	249	12960	163	20182	146	30116	303	39332	219
3502	2	13038	281	20229	3	30164	128	39448	171
3575	145	13045	289	20369	267	30171	293	39449	242
3669	397	13323	359	20454	362	30344	86	39462	247
3727	237	13324	31	20498	251	30407	69	39499	77
3788	195	13381	315	20622	395	31314	83	39567	288
3909	383	13387	266	20657	290	31357	59	39930	327
4360	37	13713	72	20896	102	31562	152	39972	374
4431	1	13862	147	21008	172	32119	104	40072	15
4483	390	13916	256	21181	366	32163	283	40445	153
4543	44	14061	296	21470	288	32500	385	40567	275
4908	345	14066	367	21672	130	32510	62	40872	65
5282	376	14068	379	21704	343	32520	36	40974	25
5311	143	14319	392	21930	264	32579	139	41030	112
5316	295	14363	137	21990	377	32599	211	41155	118
5343	231	14386	121	22061	184	32741	6	41191	92
5973	45	14452	107	22082	347	32759	185	41294	150
6058	371	14458	210	22448	361	32786	10	41295	321
6075	80	14714	243	22763	341	32846	95	41664	124
6141	232	14720	53	23510	382	32945	151	41692	126
6460	167	14776	82	23654	306	33017	305	41814	133
6655	287	14860	170	23730	160	33094	218	41833	58
6660	220	14920	192	23755	38	33394	229	41876	114
6890	100	14951	255	23807	308	33401	131	41888	250
6985	309	15272	258	24021	324	33822	125	42108	273
7109	369	15311	49	24289	214	33906	87	42139	11
7123	226	15420	333	24366	263	34031	99	42161	252
7141	352	15538	52	24460	272	34073	245	42228	173
7302	168	15585	47	24555	241	34122	304	42335	269
7401	17	15947	174	24717	56	34156	350	42344	261
7431	108	15964	120	24870	335	34252	277	42403	176
7690	90	15976	183	25128	207	34383	187	42495	358
7848	20	16019	26	25189	140	34422	155	42643	39
8055	135	16207	132	25205	233	34449	217	42922	262
8066	394	16280	282	25526	260	34612	332	42997	326
8227	239	16408	340	25548	330	34910	51	43051	129
8348	246	16470	268	25708	18	35431	19	43358	353
8466	227	16589	33	25718	180	35524	318	43397	157
9124	215	16671	323	25775	280	35912	206	43440	342
9172	189	16716	46	26167	278	35963	370	43443	94
9406	209	16739	313	26396	234	35995	134	43592	271

Trinkt brasilianischen Kaffee!

Unter Ausschaltung des Zwischenhandels bauen wir die Kaffeepreise ab beliefern mit besten Qualitäten nur direkt den Verbrauchern. Der Name unserer Firma bürgt für reellste Bedienung! Wir bieten aus letzter Ernte hocharomatisch duftenden, ergiebigen, vollblumigen, gerösteten Kaffee, garantiert in feinsten Qualitäten, an:

Feinste Edelqualität A 3,15 RM. per Pfund
Allerfeinste Edelqualität B 3,75 RM. per Pfund

Versand erfolgt gegen Voreinsendung des Betrages per Postanweisung (nicht gegen Nachnahme) in 5, 7 1/2 und 10 Kilopaketten inkl. Verpackung

FRANKO

Bestellen Sie noch heute! Lesen Sie nochmals unsere Preise und kalkulieren Sie! Versäumen Sie nicht, von diesem Reklameangebot Gebrauch zu machen!

Brazil-Import-Compagnie
AMSTERDAM 2. (Holland)
van der Helstplein 18 (Brazilhuis)

Bekanntmachung.

Frühjahrszuchtmarkt (Zuchtvieh-schau) in Neffkirch am Mittwoch, den 2. und Donnerstag, den 3. Mai 1928.

Die Zuchtgenossenschaft Neffkirch (Oberbaden) hält am

Mittwoch, 2., und Donnerstag, 3. Mai 1928

in der städtischen Viehmarkthalle in Neffkirch ihren diesjährigen großen Frühjahrszuchtmarkt (Zuchtvieh-schau) ab. Markteröffnung am 2. Mai, mittags 12 1/2 Uhr mit Dauer bis abends 18 Uhr (6 Uhr), am 3. Mai Marktbeginn vormittags 7 Uhr und Marktschluss mittags 12 Uhr. Jeglicher Handel vor der Markteröffnung ist untersagt. Der Markt darf nur mit marktierten, in den Zuchtbüchern der oberbad. Zuchtgenossenschaft eingetragenen Tieren, die mit Abstammungsnachweisen, sowie mit Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen versehen sein müssen, befahren werden. Es findet eine Vormusterung sämtlicher angemeldeten Markttiere statt. Der Markt, der sonach mit über 500 ausgewählten Farren, Kälbern und Kälbinen besetzt wird, bietet günstige Einkaufsgelegenheit von allerbesten Zuchttieren.

Wir gestatten uns, zum Besuch des Marktes höflichst einzuladen.

Neffkirch, den 7. März 1928.

Direktion der Zuchtgenossenschaft. Der Gemeindevorstand.

Oberkirch, R. 757

Zum Güterrechtsregister Ehebertrag vom 14. Juli 1926. Gütertrennung.

eingetragen: Konstantin Bern, Kaufmann in Oberkirch, und dessen Ehefrau Emma geb. Huber daselbst.

Oberkirch, 13. März 1928.

Bad. Amtsgericht.

Eichenholzverkauf.

Die Gemeinde Kirchhofen, Amt Staufen, Bahnstation Krozingen, verkauft freihändig aus ihren Gemeindevaldungen folgendes Eichenstammholz:

24 Stück I. Klasse mit 46,46 fm,

41 Stück II. Klasse mit 60,86 fm,

104 Stück III. Klasse mit 119,42 fm,

112 Stück IV. Klasse mit 94,90 fm,

27 Stück V. Klasse mit 14,10 fm,

zusammen 815,74 fm.

Angebote auf die einzelnen Klassen sind in Prozenten der jetzigen Landesgrundpreise verschlossen bis Samstag, den 7. April 1928, abends 6 Uhr, beim Bürgermeisteramt einzureichen. Das Holz liegt am fahrbaren Wegen in den Waldstücken I. Ehrenfetter = II. Ambringer = Grund und III. Urberg. S. 378 Kirchhofen, 17. März 1928.

Der Gemeindevorstand: Rob. Binninger, Bransgr.

Freihändler R. 156

Radellangholz-Verkauf.

Rad. Forstamt Rotenfels in Rastatt am Samstag, den 24. März 1928, nachmittags 5 Uhr: 245 Feilmeter so, tann., fisch., larch., weh. in 11 Losen. Losverzeichnisse unentgeltlich vom Forstamt.

Überlingen, R. 763

Bereinsregister Band I D. 3. 23: Mütterverein

Seefelden. Schabung ist am 26. Februar 1928 errichtet. Den 12. März 1928.

Amtsgericht Überlingen.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 6. März 1928 Nr. 2319 ausgesprochen, daß der Eigentümer des Grundstücks Gb. Nr. 565 der Gemarkung Wülzingen gemäß § 16 Abs. 6 O. Str. G. verbunden ist, an der Neueinteilung der Grundstücke in den Gewannen Brühlacker und Kelterwiefen nach Maßgabe des vom Gemeindevorstand Wülzingen vorgelegten Planes vom 7. Juni 1927 teilzunehmen.

Wülzingen, den 15. März 1928.

Bezirksamt.

Stellenausschreibung.

Beim Städt. Vermessungsamt Baden-Baden ist möglichst sofort die Stelle eines **geprüften**

Vermessungstechnikers

der auch flötter Zeichner sein muß, zu besetzen. Bewerbungen mit Angaben der seit. Beschäftigung unter Beilg. von Zeichen- und Schriftproben innerhalb 10 Tagen erbeten.

Städt. Vermessungsamt Baden-Baden.

104 Stück III. Klasse mit 119,42 fm,

112 Stück IV. Klasse mit 94,90 fm,

27 Stück V. Klasse mit 14,10 fm,

zusammen 815,74 fm.

Angebote auf die einzelnen Klassen sind in Prozenten der jetzigen Landesgrundpreise verschlossen bis Samstag, den 7. April 1928, abends 6 Uhr, beim Bürgermeisteramt einzureichen. Das Holz liegt am fahrbaren Wegen in den Waldstücken I. Ehrenfetter = II. Ambringer = Grund und III. Urberg. S. 378 Kirchhofen, 17. März 1928.

Der Gemeindevorstand: Rob. Binninger, Bransgr.

Freihändler R. 156

Radellangholz-Verkauf.

Rad. Forstamt Rotenfels in Rastatt am Samstag, den 24. März 1928, nachmittags 5 Uhr: 245 Feilmeter so, tann., fisch., larch., weh. in 11 Losen. Losverzeichnisse unentgeltlich vom Forstamt.

Überlingen, R. 763

Bereinsregister Band I D. 3. 23: Mütterverein

Seefelden. Schabung ist am 26. Februar 1928 errichtet. Den 12. März 1928.

Amtsgericht Überlingen.

Das Staatsministerium hat mit Entscheidung vom 6. März 1928 Nr. 2319 ausgesprochen, daß der Eigentümer des Grundstücks Gb. Nr. 565 der Gemarkung Wülzingen gemäß § 16 Abs. 6 O. Str. G. verbunden ist, an der Neueinteilung der Grundstücke in den Gewannen Brühlacker und Kelterwiefen nach Maßgabe des vom Gemeindevorstand Wülzingen vorgelegten Planes vom 7. Juni 1927 teilzunehmen.

Wülzingen, den 15. März 1928.

Bezirksamt.

Stellenausschreibung.

Beim Städt. Vermessungsamt Baden-Baden ist möglichst sofort die Stelle eines **geprüften**

Vermessungstechnikers

der auch flötter Zeichner sein muß, zu besetzen. Bewerbungen mit Angaben der seit. Beschäftigung unter Beilg. von Zeichen- und Schriftproben innerhalb 10 Tagen erbeten.

Städt. Vermessungsamt Baden-Baden.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Bürgermeisteramt.